

04.12.1989

Beschlußempfehlung

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 10/4600 und 10/4826 -

- 2. Lesung -

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1990
(Haushaltsgesetz 1990)

Haushaltsgesetz und Personalhaushalt

Berichterstatter Abgeordneter Riscop CDU (Haushaltsgesetz)
Abgeordneter Harms SPD (Personalhaushalt)

Beschlußempfehlung

Der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 - Drucksache 10/4600 und 10/4826 - wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. In § 1 werden
die Einnahmen um 5 810 000 DM und
die Ausgaben um 106 316 800 DM
erhöht.

Datum des Originals: 04.12.1989/Ausgegeben: 04.12.1989

4915-2

2. § 7 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

"Ebenfalls verbindlich sind die in den Erläuterungen zu Titel 422 20 ausgebrachten Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und abweichend von § 48 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung die vorgesehenen Zahlen für die Einstellung von Beamten im Vorbereitungsdienst."

b) Abs. 6 erhält folgende Fassung:

"(6) Stellen, die im Landeshaushalt als künftig wegfallend bezeichnet sind (Überhangstellen), sind zur Herstellung gleichmäßiger Unterrichtsbedingungen nach pädagogischen und unterrichtsorganisatorischen Gesichtspunkten zu verteilen. Aus den Überhangstellen bei Kapitel 05 330 und Kapitel 05 340 ist insbesondere ein zusätzlicher Unterrichtsbedarf für ausländische Schüler und Spätaussiedler zu decken."

Der Kultusminister wird ermächtigt, mit Einwilligung des Finanzministers und des Haushalts- und Finanzausschusses des Landtags abweichend von § 50 Abs. 2 Satz 1 der Landeshaushaltsordnung Planstellen für Lehrer, die als künftig wegfallend bezeichnet sind, innerhalb der Kapitel 05 310 bis 05 440 umzusetzen und sie als Zuschläge zur Grundstellenzahl im Rahmen pädagogischer Notwendigkeiten einzusetzen."

c) Abs. 7 wird wie folgt geändert:

Der letzte Satz wird gestrichen.

3. § 7 a wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 erhält folgende Fassung:

"(1) Planstellen, die am 1. Januar 1990 frei sind und im Laufe des Haushaltsjahres frei werden, dürfen für die Dauer von 9 Monaten nicht für Beförderungen in Anspruch genommen werden. Diese Sperre gilt auch für den gesamten Nachzug, der durch die Besetzung der freien und frei gewordenen Planstelle ermöglicht wird."

Besetzungssperren aufgrund des Haushaltsgesetzes 1989 enden mit Ablauf des Haushaltsjahres 1989.

Auf die Dauer der Beförderungssperren wird die Dauer der abgelaufenen Besetzungssperren angerechnet.

Die Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend bei anderen Stellen, es sei denn, die Höhergruppierung wäre aus Rechtsgründen zwingend geboten.

Von der Beförderungssperre ausgenommen sind

- a) in allen Geschäftsbereichen Beförderungen auf Stellen, die von Dritten voll finanziert werden,
- b) Beförderungen auf Planstellen, die mit Beamten i.S. von § 38 des Landesbeamtengesetzes besetzt werden,
- c) Beförderungen auf Planstellen des Präsidenten, des Vizepräsidenten und der anderen Mitglieder des Landesrechnungshofes,
- d) Beförderungen auf Planstellen der Richter, deren Ernennung aus gerichtsverfassungsrechtlichen Gründen geboten ist, sowie
- e) Beförderungen auf Planstellen, wenn der Beamte sonst die Zwei-Jahres-Frist gemäß § 5 Abs. 3 des Beamtenversorgungsgesetzes nicht erfüllt oder der Beamte trotz erteilter Ausnahme von § 10 Abs. 2 Buchst. c) der Laufbahnverordnung nicht mehr befördert werden könnte."

b) Es wird folgender neuer Absatz 4 eingefügt:

"(4) Der Kultusminister wird ermächtigt, Planstellen, die in den Kapiteln 05 330, 05 340, 05 410 und 05 440 als künftig wegfallend bezeichnet sind, im Umfang von bis zu weiteren 60 Stellen zur Beschäftigung mit voller Pflichtstundenzahl von Aushilfskräften ausschließlich für den Unterrichtseinsatz im Fach Religion in Anspruch zu nehmen; maßgebend hierfür ist das Einstellungsdatum."

Die bisherigen Absätze 4 bis 6 werden die Absätze 5 bis 7.

c) In Absatz 5 (bisher Absatz 4) erhält der sechste Spiegelstrich folgende Fassung:

"- bis zu 250 in Kapitel 05 380 (Öffentliche Gesamtschulen), davon bis zu 20 für Sozialpädagogen,"

4. § 10 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

"(1) Der Durchschnittsbetrag für die Personalkosten der hauptamtlich oder hauptberuflich tätigen pädagogischen Mitarbeiter nach § 20 Abs. 1 des Ersten Gesetzes zur

Ordnung und Förderung der Weiterbildung im Lande Nordrhein-Westfalen (Weiterbildungsgesetz) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. Mai 1982 (GV. NW. S. 276) wird auf 55 000 DM, der Durchschnittsbetrag für die Zuweisungen für eine durchgeführte Unterrichtsstunde nach § 20 Abs. 5 Satz 1 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 37,50 DM, der Durchschnittsbetrag für die Zuweisung für einen durchgeführten Teilnehmer-tag nach § 20 Abs. 6 Satz 2 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 30,00 DM und der Durchschnittsbetrag für die Zuweisungen bzw. Zuschüsse zu den Teilnehmerkosten nach § 26 des Weiterbildungsgesetzes wird auf 3,00 DM festgesetzt."

Bericht

I. Beratungsverfahren

Allgemeines

Der Gesetzentwurf wurde in der Sitzung des Landtags am 24. August 1989 vom Finanzminister namens der Landesregierung eingebracht und in der Plenarsitzung am 4. September 1989 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß der Personalhaushalt einschließlich der Personalausgabeansätze in Titelgruppen und Sachtiteln sowie der Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" beraten wird.

Die Beratungsergebnisse der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" des Haushalts- und Finanzausschusses sind aus dem beigehefteten Bericht - Vorlage 10/2400 - zu ersehen.

Die Beratung der Einzelpläne zum Haushaltsgesetz oblag den Fachausschüssen.

Der federführende Haushalts- und Finanzausschuß hat sich abschließend am 30. November 1989 damit befaßt. Einzelheiten über die Beratungsergebnisse sind aus den Berichten zu den Einzelplänen des Haushalts - Drucksachen 10/4901 bis 10/4914 - zu ersehen.

Der Haushalts- und Finanzausschuß hat den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 am 7. September, 5. und 6. Oktober und am 26. Oktober 1989 beraten und in seiner Schlußsitzung am 30. November 1989 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse - siehe die o.a. Berichte - mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. angenommen.

Im Zusammenhang mit dem Haushalt wird auch auf den Bericht zur 2. Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1990 (Gemeindefinanzierungsgesetz 1990) - Drucksache 10/4602 - verwiesen.

Die von der Landesregierung vorgelegte Ergänzung zum Haushaltsgesetzentwurf - Drucksache 10/4826 - wurde in die Beratungen einbezogen.

II. Beratungsergebnisse

1. Haushaltsgesetz (Drucksachen 10/4600 und 10/4826)

Zu § 1

Die Änderungen der Schlußsummen ergeben sich aus den Beratungsergebnissen der Fachausschüsse und des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses.

Zu § 7

a) Absatz 1 Satz 2

Die Änderung des Satzes 2 ist sowohl in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" als auch im Haushalts- und Finanzausschuß einstimmig beschlossen worden. Sie geht zurück auf eine Anregung des Gutachterdienstes; insoweit wird auf den beigehefteten Bericht der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" - Vorlage 10/2400 - verwiesen.

b) Absatz 6

Die Einfügung eines neuen Absatzes in § 7 Abs. 6 wurde von der SPD-Fraktion als Alternative zu dem Vorschlag des Ausschusses für Schule und Weiterbildung zur Neufassung des § 7 a Abs. 4 a) - vgl. Drucksache 10/4905, dort Vorlage 10/2411 - im Haushalts- und Finanzausschuß beantragt. Zur Begründung führte die SPD-Fraktion aus, daß sie der Auffassung sei, daß aufgrund der bestehenden kw-Überhänge bei Gymnasien und Realschulen die Abdeckung des Unterrichtsbedarfs für ausländische Schüler und Spätaussiedler im Wege der Umsetzung aus diesem kw-Überhang erfolgen könne. Demgegenüber erklärte die CDU-Fraktion, daß der Vorschlag des Fachausschusses in § 7 a Abs. 4 a) auf eine Relationsverbesserung abziele und insofern weitergehe, als der o.a. Vorschlag der SPD-Fraktion zu § 7 Abs. 6. Im übrigen verwies sie darauf, daß die Einfügung eines neuen Absatzes 4 a) in § 7 a im Fachausschuß einstimmig beschlossen worden sei.

Nach weiterer Diskussion wurde der Antrag auf Einfügung eines neuen Passus in den § 7 Abs. 6 mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

c) Absatz 7 letzter Satz

Diese Änderung ist gleichfalls sowohl in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" als auch im Haushalts- und Finanzausschuß einstimmig beschlossen worden. Da von der Vorschrift in der Vergangenheit kein Gebrauch gemacht wurde, wird sie für entbehrlich gehalten.

Zu § 7 aa) Neufassung des Absatzes 1

Die Neufassung des Absatzes 1 wurde von der SPD-Fraktion in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" beantragt und dort - wie auch im Haushalts- und Finanzausschuß - einstimmig angenommen.

Zur Begründung führte die SPD-Fraktion aus, daß ergänzend zum im Haushaltsgesetzentwurf vorgesehenen Wegfall der Besetzungssperre für das Haushaltsjahr 1990 erreicht werden solle, daß auch auslaufende Besetzungssperren aufgrund des Haushaltsgesetzes 1989 mit Ablauf des Haushaltsjahres 1989 enden.

b) Einfügung eines neuen Absatzes 4

Die Einfügung dieses neuen Absatzes 4 war von der SPD-Fraktion im Ausschuß für Schule und Weiterbildung unter Buchstabe b) (vgl. Drucksache 10/4905, dort Vorlage 10/2411) beantragt worden.

Mit dieser Bestimmung soll erreicht werden, daß mittelfristig teilzeitbeschäftigte Religionslehrer in Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse überführt werden können. Wegen der weitergehenden Diskussion zu diesem Problembereich ist auf die Darstellung der Diskussion des Personalhaushaltes in dieser Drucksache zu verweisen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der F.D.P.-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU angenommen.

c) Absatz 5 (bisher Absatz 4)

Die Ergänzung des sechsten Spiegelstriches in § 7 a Abs. 5 - neu - geht gleichfalls auf einen Antrag der SPD-Fraktion im Fachausschuß zurück.

Zur Begründung führte die SPD-Fraktion aus, daß wegen der Neugründung von Gesamtschulen auch mehr Sozialpädagogen eingestellt werden müßten.

Der Antrag wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Zu § 10

Die Erhöhung der Durchschnittsbeträge ist auf Antrag der Fraktion der SPD vom Ausschuß für Schule und Weiterbildung einstimmig empfohlen worden. Der Haushalts- und Finanzausschuß übernahm diese Änderung ebenso einstimmig.

Sonstige Beratungspunkte

- a) In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 30. November 1989 stellte die CDU-Fraktion erneut ihren bereits in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" gestellten Antrag auf Ergänzung des § 7 um einen Absatz 11. Mit dieser Ergänzung sollte der Finanzminister ermächtigt werden, die Stellenpläne des Haushaltsplans 1990 so umzustellen, daß die Obergrenzen für Beförderungssämter nach § 26 Bundesbesoldungsgesetz und nach den entsprechenden Rechtsverordnungen ausgeschöpft werden könnten. Wegen der Begründung kann auf den beigehefteten Bericht der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" - Vorlage 10/2400 - verwiesen werden.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

- b) Von der CDU-Fraktion wurde gleichfalls erneut der bereits in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" gestellte Antrag auf Änderung des § 7 a des Haushaltsgesetzes wiederholt. Mit dem Antrag wollte die CDU-Fraktion einerseits die völlige Aufhebung der Besetzungssperre und der Beförderungssperre erreichen und andererseits Einstellungsmöglichkeiten für 3 000 Lehrer schaffen. Auch hier wird bezüglich der Begründung auf den beigehefteten Bericht - Vorlage 10/2400 - verwiesen.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

2. Personalhaushalt

Der Haushalts- und Finanzausschuß übernahm in seiner Schlußabstimmung einstimmig alle bereits in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" einstimmig gefaßten Beschlußempfehlungen. Gesondert diskutiert und abgestimmt wurden, ergänzt durch den mündlichen Vortrag des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", die Änderungen in den Einzelplänen, die in der Arbeitsgruppe zu kontroversen Abstimmungen geführt hatten. Insoweit wird auf den beigehefteten Bericht - Vorlage 10/2400 - verwiesen. Die Abstimmungsergebnisse im Haushalts- und Finanzausschuß ergeben sich aus dem Anhang zu diesem Bericht. Darüber hinaus wurden in der Schlußsitzung weitere Anträge zum Personalhaushalt gestellt, die sich gleichfalls aus dem Anhang zu diesem Bericht ergeben. Die Gesamtabstimmungen über die Einzelpläne ergeben sich aus den Berichten zu den Einzelplänen des Haushalts - Drucksachen 10/4901 bis 10/4914 -. Im übrigen waren in der Schlußsitzung des Haushalts- und Finanzausschusses folgende Punkte Gegenstand eingehender Beratungen:

2.1 Einzelplan 05 - Kultusminister -

Die Fraktionen der CDU und der F.D.P. beantragten im Haushalts- und Finanzausschuß - wie auch schon in der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne", insoweit wird verwiesen auf den beigehefteten Bericht 10/2400 - durch Änderung von Haushaltsvermerken in verschiedenen Einzelkapiteln des Einzelplans 05 sicherzustellen, daß alle bisher teilzeitbeschäftigten Lehrer, die das Fach Religion unterrichten, in 1990 mit voller Pflichtstundenzahl beschäftigt werden können. Dies bedeute für 1990, daß hierfür 170 Stellen bereitgestellt werden müßten. Die Fraktion der SPD erklärte, daß auch sie dieses Ziel langfristig anstrebe, allerdings in drei Teilschritten, das heißt verteilt auf drei Haushaltsjahre. Außerdem solle dies nach ihrer Auffassung nicht durch Veränderung von Haushaltsvermerken, sondern durch Regelung im Haushaltsgesetz, in einem neuen § 7 a Absatz 4, geschehen. Der Vertreter der F.D.P.-Fraktion erklärte, daß er den Vorschlag der SPD-Fraktion, die Aufstockung auf drei Jahre zu verteilen, nach den jahrelangen Beratungen dieses Problems für unbefriedigend halte. Da die finanziellen Auswirkungen, die sich bei einer Gesamtlösung für 170 Stellen ergäben, nicht so gravierend seien, appellierte er an die SPD-Fraktion, ihre Haltung nochmals zu überdenken. Die CDU-Fraktion erklärte, daß nach ihrer Auffassung der Vorschlag der SPD-Fraktion darüber hinaus die Gefahr in sich berge, daß - wenn jetzt nur 60 Stellen bereitgestellt werden

und diese nach persönlichen Merkmalen der Betroffenen verteilt werden - die Stellen nicht in die Schulformen fließen, in denen sie der Sache nach am meisten gebraucht würden, wie z.B. in den berufsbildenden Schulen. Demgegenüber erklärte die SPD-Fraktion, daß sie bei der Beratung davon ausgegangen sei, daß das Fach Religion in den nächsten Jahren wieder ganz normal als Zweitfach des üblichen Einstellungsverfahrens besetzt werden könne. Deshalb fühle sie sich verpflichtet, jetzt im Interesse der Betroffenen und nicht so sehr im Interesse des Unterrichtsangebotes, eine Teillösung vorzunehmen, die soziale Probleme löse. Der Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P. wurde mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion abgelehnt.

2.2 Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Die SPD-Fraktion stellte in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses den Antrag, in Kapitel 07 010 - Ministerium -, als Ersatz für 3 Stellen, die bisher im Ministerium für die Abwicklung der Mittel der Stiftung Wohlfahrtspflege eingesetzt waren und somit für andere Aufgaben des Ministeriums nicht zur Verfügung standen, zwei neue Stellen einzurichten. Die CDU-Fraktion hielt dem entgegen, daß sie diesen Ersatzbedarf im Ministerium nicht nachvollziehen könne; sofern einzelne Aufgaben im Ministerium wegen der völligen Auslastung der 3 Mitarbeiter mit der Mittelbewirtschaftung für die Stiftung Wohlfahrtspflege nicht wahrgenommen worden seien, könnten diese von den Mitarbeitern wahrgenommen werden, deren Aufgabenkreis sich durch Verlagerung von Aufgaben auf das Landesversicherungsamt verringere. Sie verwies darauf, daß die Stellenvermehrung ihres Erachtens einer aufgabenkritischen Betrachtung bedürfe, z.B. durch Einschaltung des neu gegründeten Arbeitsstabes "Aufgabenkritik", der beim Finanzminister angegliedert ist. Die SPD-Fraktion erklärte sich wegen des noch bestehenden Aufklärungsbedarfs der CDU-Fraktion mit einer Zurückstellung des Antrags bis zur 3. Lesung einverstanden; damit solle dem Ressort die Möglichkeit einer ausführlichen Information aller Fraktionen bezüglich der Notwendigkeit einer Stelleneinrichtung gegeben werden.

3. Ergebnis

In der Schlußabstimmung nahm der Haushalts- und Finanzausschuß den Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 unter Einbeziehung der Beratungsergebnisse der Fachausschüsse sowie der zuvor beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der F.D.P. zur 2. Lesung an.

Der Finanzminister wurde einstimmig ermächtigt, bei der Aufbereitung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses vom 30. November 1989 offenbare Unstimmigkeiten im Zahlenwerk zu bereinigen und zum Ausgleich des Haushalts ggf. die Ansätze bei den hierfür im Einzelplan 14 vorgesehenen Titeln zu verändern.

Weiss
Vorsitzender

Anhang: Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses
zum Personaletat

Beigeheftet: Vorlage 10/2400

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und
Staatskanzlei**

<u>Kapitel</u>	<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
	<u>der</u>	<u>nis im HFA</u>
	<u>Frakt.</u>	
a) <u>Planstellen</u>		
<u>Abgang:</u> 1 Planstelle Bes.Gr. A 13 h.D. - Regierungsrat -	CDU	Mit der Stimmen- mehrheit der SPD-Fraktion ge- gen die Stimmen der Oppositions- fraktionen abge- lehnt.
<u>Abgang:</u> 6 neue Planstellen	F.D.P	
b) <u>Beamtete Hilfskräfte</u>		
<u>Abgang:</u> 1 Stelle für beamtete Hilfskräf- te c) Abgeordnete Beamte Bes.Gr. A 16 - Regierungsdirektor -	CDU	
c) <u>Angestellte:</u>		
<u>Abgang:</u> 1 Stelle Verg.Gr. VI b BAT DA 02	CDU	
<u>Abgang:</u> 2 neue Stellen für Angestellte	F.D.P	
<u>Hinweis:</u> Als Begründung wurde ausgeführt, daß die CDU- und die F.D.P.-Fraktion eine perso- nelle Ausweitung der Staatskanzlei ab- lehnen.		

Einzelplan 03 - Innenminister

Antrag	Abstimmungserge-
der	nis im HFA
Frakt.	

Kapitel03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NWa) Planstellen

CDU

Mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Zugang: 800 Planstellen geh. Dienst
davon 750 Schutzpolizei
und 50 Kriminalpolizei
mit entsprechender
Schlüsselung

Abgang: 1000 Planstellen mittl. D.

Begründung:

Der gehobene Dienst der Schutzpolizei soll verstärkt werden, indem 750 Stellen des mittl. Dienstes in Stellen des geh. Dienstes umgewandelt und entsprechend den Vorgaben der Stellenplanobergrenzenverordnung aufgeschlüsselt werden. Von rd. 36.000 Schutzpolizeibeamten befinden sich ungefähr 87 % im mittl. Dienst. Dies, obwohl nach dem Erlass des Innenministeriums vom 5.2.1987 über die Bestimmung der Dienstposten des geh. Dienstes der Schutzpolizei die Umwandlung von mehr als 4000 Stellen des mittl. Dienstes in Stellen des geh. Dienstes zulässig wäre. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern steht Nordrhein-Westfalen schlecht da. So beträgt der Anteil des geh. Dienstes der Schutzpolizei in Berlin 26,5%, in Bremen 18,6% und in Niedersachsen 18,2%. Es ist kaum vorstellbar, daß es Gründe gibt, die im Vergleich zu Niedersachsen einen solchen großen Unterschied zu Nordrhein-Westfalen rechtfertigen. Weitere 250 Stellen sind bei der Kripo in Stellen des geh. Dienstes umzuwandeln, davon 200 Stellen für Kriminalkommissaranwärter (Seiteneinstieg).

Einzelplan 03

Kapitel (noch 03 110)

b) Stellen für Beamte auf Widerruf im
Vorbereitungsdienst

Zugang: 900 Stellen Bes.Gr. A 6

- Polizeihauptwachtmeister
anwärter und

-anwärterinnen - bei
gleichzeitiger Erhöhung
der

Einstellungsermächtigun
g um 900

200 Stellen Bes.Gr. A 9

- Kriminalkommissaranwär-
ter (Seiteneinsteiger) -

bei gleichzeitiger ent-
sprechender Erhöhung der
Einstellungsermächtigung.

Begründung:

Die 900 Stellen sind erforderlich, um
einen Fehlbstand im Rahmen der Umsetzung
der Arbeitszeitverkürzung 1989/90 zu
vermeiden. Zu den übrigen 200 Stellen
vgl. a).

c) Angestellte

Streichung der kw-Vermerke bei den im
Haushaltsentwurf neu ausgebrachten
296 Angestelltenstellen.

Begründung:

Die Streichung ergibt sich aus der
Notwendigkeit, auch im Bereich der
Polizeiverwaltung die
Arbeitszeitverkürzung voll umzusetzen
und insoweit einen Fehlbstand zu
vermeiden.

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA

Frakt.

CDU Mit den Stimmen
der SPD-Fraktion
und F.D.P.
gegen die Stimmen
der CDU-Fraktion
abgelehnt.

CDU Mit der Stimmen-
mehrheit der SPD-
Fraktion gegen
die Stimmen der
Oppositionsfrak-
tionen abgelehnt.

Einzelplan 03

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis im HFA
Frakt.	

Kapitel

Kapitel 03 610 - Landesamt für Daten-
verarbeitung und
Statistik

Angestellte

SPD	Mit der Stimmen-
	mehrheit der
	SPD-Fraktion bei
	Stimmenthaltung
	der CDU-Fraktion
	und der F.D.P.-
	Fraktion ange-
	nommen.

Titelgruppe 70

Abgang: 5 Stellen Verg.Gr. IVb/Vb BAT
DA 01

Begründung:

Deckung für Anlauffinanzierung für das
Institut für Kommunal- und Verwaltungs-
wissenschaften lt. Beschlußempfehlung
des Ausschusses für Innere Verwaltung
vom 14.11.1989 (Ziff. 1, Seite 4 der
Vorlage 10/2407).

Einzelplan 04 - Justizminister

Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis im HFA _____
-------------------------	--

Kapitel _____

**04 040 - Gerichte und Staatsanwalt-
schaften**

a) Beamtete Hilfskräfte

Zugang: 60 Stellen Bes.Gr. A 9 z.A.
- Sozialinspektoren -

Begründung:

Partieller Ausgleich des Stellenfehlbe-
standes im Bereich der Bewährungshilfe

CDU

Mit den Stimmen
der Fraktionen
der SPD und F.D.P.
gegen die Stimmen
der CDU-Fraktion
abgelehnt.

**b) Beamte auf Widerruf im Vorbereitungs-
dienst**

Zugang: 140 Stellen Bes.Gr. A 5
- Justizvollzugsass. -

Begründung:

Ausgleich der Arbeitszeitverkürzung im
Schichtdienst

CDU

Mit den Stimmen
der Fraktionen
der SPD und F.D.P.
gegen die Stimmen
der CDU-Fraktion
abgelehnt.

Kapitel

Kapitel 05 300 - Schulen gemeinsam

Angestellte

Fach- einstimmig angen.
aussch.
/SPD

In den Erläuterungen sind 150 weitere Stellen für die unbefristete Beschäftigung von Lehrern, die ausschließlich für Vertretungsunterricht in Fällen von Erziehungsurlaub einzusetzen sind, auszuweisen.

Begründung:

Mit der Ausweisung von nunmehr insgesamt 750 Stellen für Vertretungsunterricht soll der Verlängerung des Erziehungsurlaubs von 12 auf 15 Monate entsprochen werden.

1. Verschiedene Kapitel

CDU Mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Im Einzelplan 05 werden in dem jeweiligen Haushaltsvermerk mit (sinngemäß) nachstehendem Wortlaut:

"Von den Stellen kw dürfen für die Beschäftigung von Aushilfskräften ausschließlich für den Unterrichtseinsatz im Fach Religion bis zu () in Anspruch genommen werden."

bei den Planstellen der Bes.Gr. A 13 bei nachstehenden Kapiteln die Zahlen wie folgt ersetzt:

<u>Kapitel</u>	<u>bisherige Zahl</u>	<u>neue Zahl</u>
05 330	35 (35)	73 (35)
05 340	135 (13)	228 (135)
05 440	10 (10)	13 (10)

Einzelplan 05

noch Anhang

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFAKapitelFrakt.

Der Haushaltsvermerk zu den Planstellen der Bes.Gr. A 13 bei Kap. 05 410 wird in der Weise geändert, daß eine Beschäftigung der 136 Religionslehrer mit voller Pflichtstundenzahl ermöglicht wird.

Begründung:

Aufstockung der mit Religionslehrern bestehenden Verträge auf volle Pflichtstundenzahl.

2. Verschiedene Kapitel

SPD/ einstimmig angen.

Fach-
aussch.

Ergänzung des Haushaltsvermerks bei den Planstellen der Bes.Gr. A 13 bei nachstehenden Kapiteln:

Kapitel 05 330 Öffentliche Realschulen
Kapitel 05 340 Öffentliche Gymnasien
Kapitel 05 440 Öffentl. Kollegschulen
Titel 422 10 Bezüge der Beamten

"Durch Ausscheiden von Aushilfskräften freigemachte Stellen sind nur zur Beschäftigung bisher teilzeitbeschäftigter Aushilfskräfte mit voller Pflichtstundenzahl zu verwenden."

Im Kapitel 05 410 - öffentliche berufsbildende Schulen
Titel 422 10 - Bezüge der Beamten
ist der Haushaltsvermerk bei Besoldungsgruppe A 13 wie folgt zu ergänzen:

Einzelplan 05

noch Anhang
Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA

Kapitel

Frakt.

(noch zu 2. Verschiedene Kapitel)

"Bei den für die Beschäftigung von Aushilfskräften mit begrenzter Dauer in Anspruch genommenen 330 Stellen für berufsfachlichen Unterricht sind bei Ausscheiden von Aushilfskräften Wiederbesetzungen zulässig; bei den für die Beschäftigung von Aushilfskräften in Anspruch genommenen 100 Stellen ausschließlich für das Fach Religion sind die bei Ausscheiden frei gemachten Stellen nur zur Beschäftigung bisher teilzeitbeschäftigter Aushilfskräfte mit voller Pflichtstundenzahl zu verwenden."

Begründung:

Neue Teilzeitverträge für Religionslehrer sollen nicht mehr abgeschlossen werden, ersparte Stellenanteile sollen zur Aufstockung verwendet werden.

Kapitel 05 380 - öffentliche Gesamtschulen

Planstellen

Abgang: 20 Planstellen Bes.Gr. A 12
- Lehrer-

Angestellte

Zugang: 20 Stellen Verg.Gr. IVb BAT
- Sozialpädagogen -

Begründung:

Wegen der Neugründung von Gesamtschulen müssen auch mehr Sozialpädagogen ausgewiesen werden.

SPD/
Fach-
aussch. Mit der Stimmen-
mehrheit der SPD-
Fraktion bei
Stimmenthaltung
der F.D.P.-Frak-
tion gegen die
Stimmen der CDU-
Fraktion angen.

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag
der

Abstimmungsergeb-
nis im HFA

Kapitel

Frakt.

**Kapitel 06 020 - Allgemeine
Bewilligungen**

SPD

Mit der Stimmen-
mehrheit der SPD-
Fraktion gegen
die Stimmen der
Fraktion der CDU
und F.D.P. ange-
nommen.

Ausbringung eines Haushaltsvermerks

Zu Beginn der Personalausgabentitel soll
folgender Haushaltsvermerk ausgebracht
werden:

"Im Einzelplan 06 sind 15 Planstellen
und Stellen kw zum 31.12.1991."

Begründung

Es handelt sich um den Ausgleich für 15
Stellenzugänge im Kapitel 06 085 -
Kulturwissenschaftliches Institut -.

Einzelplan 06

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA
Frakt. _____

Kapitel

Kapitel 06 085 - Kulturwissenschaft-
liches Institut

1. Streichung aller Planstellen und Stellen, bzw. Umsetzung der besetzten Planstellen und Stellen in die Hochschulkapitel.

CDU Mit der Stimmen-
 mehrheit der SPD-
 Fraktion gegen
 die Stimmen der
 Oppositionsfrak-
 tionen abgelehnt.

Begründung

Die Erfüllung der Aufgabe des kulturwissenschaftlichen Instituts kann durch die bestehenden Hochschulen erfolgen. Das KWI ist daher sachlich nicht erforderlich.

2. Planstellen

Zugang: 5 Planstellen der Bes.Gr.
 C 4 - Universitäts-
 professor -

Fach-
aussch. } Mit der Stimmen-
 mehrheit der SPD-
 Fraktion gegen
 die Stimmen der
 CDU-Fraktion und
 der Fraktion der
 F.D.P. angenom-
 men.

3. Angestellte

Zugang: 8 Stellen Verg.Gr. I b/II a
 BAT (DA 01)
 1 Stelle Verg.Gr. Vc/VIb BAT
 (DA 06)
 1 Stelle Verg.Gr. VIb/VII BAT
 (DA 06)

Einzelplan 06

Antrag
der
Frakt.

Abstimmungsergeb-
nis im HFA

Kapitel

Kapitel 06 141 - TH Aachen

Angestellte

Streichung der kw-Vermerke 31.12.90 bei
folgenden Stellen der Dienstart 08:

2 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa BAT

2 Stellen Verg.Gr. III BAT

1 Stelle Verg.Gr. Vb BAT

SPD

Mit der Stimmen-
mehrheit der SPD-
Fraktion bei
Stimmhaltung
der Oppositions-
fraktionen ange-
nommen.

Kapitel

Frakt.

07 120 - Institut "Arbeit und Technik"

1. Alle unbesetzten Planstellen und Stellen des Kapitels 07 120 werden gestrichen.

CDU

Mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Alle besetzten Planstellen und Stellen des Kapitels 07 120 werden in die Hochschulkapitel umgesetzt.

Begründung:

Das Institut hat die Aufgaben, den Problembereich "Arbeit und Technik" zu erforschen und Beiträge zu einer sozialverträglichen Technikgestaltung zu liefern.

Die Erfüllung dieser Aufgabe kann durch die Hochschulen erfolgen.

2. Angestellte

Streichung der kw-Vermerke zum 31.12.1991 bei den neu ausgebrachten 11 Angestelltenstellen

Fach-
aussch.

Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und F.D.P gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

3. Arbeiter

Streichung des kw-Vermerks zum 31.12.1991 bei der neu ausgebrachten Arbeiterstelle

Einzelplan 07

- 13 -

U 9 15 - 25^{noch} Anhang

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA

Kapitel

Frakt.

Kapitel 07 230 - Landesversicherungsamt
NW in Essen

Planstellen

CDU

Mit den Stimmen
der SPD-Fraktion
und der F.D.P.-
Fraktion gegen
die Stimmen der
CDU-Fraktion ab-
gelehnt.

- Sperrung 1 Planstelle Bes.Gr. B 3
(Titel 422 10) sowie
- Sperrung 1 Planstelle Bes.Gr. A 16
(Titel 422 60)
- Sperrung von 2 Planstellen Bes.Gr.
A 14 (Titel 422 60)

Begründung

Es soll die Möglichkeit geprüft werden,
Planstellen aus Kapitel 07 010 -
Ministerium - umzusetzen.

Kapitel 07 330 - Dienststellen der
Kriegsopferversorgung

Ausbringung von zusätzlichen
kw-Vermerken bei folgenden Stellen:

- 6 Stellen Verg.Gr. VIb/VII BAT
- 6 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT

Hinweis:

Ausgleich für die Streichung der
kw-Vermerke bei Kapitel 07 120.

Fach-
aussch.

Mit den Stimmen
der Fraktionen
der SPD und der
F.D.P. gegen die
Stimmen der CDU-
Fraktion ange-
nommen.

Einzelplan 10

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFAKapitelFrakt.10 190 - Landesanstalt für Immissions-
schutz

SPD

AngestellteZugang: 10 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa
BAT, DA 0510 220 - GewerbeaufsichtsämterPlanstellenAbgang: 10 Stellen Bes.Gr. A 13 hD
- Regierungsgewerberat -Begründungfür den Stellenzugang:

Zusätzliche Stellen im Sachgebiet "Be-
gütachtung von Sicherheitsanalysen" in
der "Zentralstelle Störfall-VO und ge-
fährliche Stoffe" bei der Landesanstalt
für Immissionsschutz aufgrund des sich
nach der Änderung der 9. VO zum Bundes-
immissionsschutzgesetz bei Genehmigungs-
verfahren ergebenden zusätzlichen Ar-
beitsanfalls.

Begründungfür den Stellenabgang:

Ausgleich für 10 Stellenzugänge bei
Kap. 10 190 - Landesanstalt für Immis-
sionsschutz - .
(Derzeit unbesetzte Planstellen, da sich
die hierfür vorgesehenen Beamten noch in
Referendar-Ausbildung befinden. Mit Ab-
legung der Laufbahnprüfung werden die
Stellen ab 1991 wieder benötigt.)

Mit der Stimmen-
mehrheit der SPD-
Fraktion, bei
Stimmenthaltung
der F.D.P.-Frak-
tion und gegen
die Stimmen der
CDU-Fraktion
angenommen.

Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr

Antrag Abstimmungsergebnis im HFA
der

Kapitel

Frakt.

Kapitel 11 080 - Staatshochbauverwaltung

SPD

a) Planstellen

Zugang: 2 Planstellen Bes.Gr. A 13
- Reg.Rat/Reg.Baurat -
3 Planstellen Bes.Gr. A 10
- Reg.Oberinspektor/Reg.
Bauoberinspektor -
bei gleichzeitiger Ausbringung
von kw-Vermerken zum 31.12.91

b) Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib BAT
8 Stellen Verg.Gr. IIa BAT
10 Stellen Verg.Gr. III BAT
6 Stellen Verg.Gr. IVa BAT
5 Stellen Verg.Gr. IVb BAT
4 Stellen Verg.Gr. IVb/Vb BAT
2 Stellen Verg.Gr. Vb BAT
2 Stellen Verg.Gr. V BAT
2 Stellen Verg.Gr. VIb BAT
bei gleichzeitiger Ausbringung
von kw-Vermerken zum 31.12.1991

Mit der Stimmenmehrheit der SPD-Fraktion gegen die Oppositionsfraktionen angenommen.

Begründung

Die Steigerung des Bauvolumens in der Staatshochbauverwaltung macht eine Personalverstärkung erforderlich.

Einzelplan 12 - Finanzminister

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis im HFA**

Kapitel

Frakt.

Kapitel 12 010 - Finanzministerium

Planstellen

CDU

Mit der Stimmen-
mehrheit der SPD-
Fraktionen, bei
Stimmenthaltung
der F.D.P.-Frak-
tion gegen die
Stimmen der CDU-
Fraktion abge-
lehnt.

- Abgang: 1 Stelle Bes.Gr. B 2
 - Ministerialrat -
 1 Stelle Bes.Gr. A 16
 - Ministerialrat -
 3 Stellen Bes.Gr. A 11
 - Regierungsamtmann -

Begründung:

Für die o.g. 5 zusätzlichen Stellen ist der Bedarf nicht ausreichend nachgewiesen. Die Aufgaben des neuen Referates für die Sonderaufgaben der Finanz- und Wirtschaftspolitik einschließlich Wirtschaftsförderung sowie Energie- und Strukturpolitik können von dem zuständigen Wirtschaftsressort wahrgenommen werden. Die Aufgaben des neuen Controlling-Referats können von dem vorhandenen Personal wahrgenommen werden. Die für beide Referate ausgewiesenen 5 Stellenzugänge sowie die Stellenhebungen sind daher rückgängig zu machen.

Vorlage

an den Haushalts- und Finanzausschuß



Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990

hier: Personaletat

- Drucksachen 10/4600, 10/4826

Bericht über das Ergebnis der Beratungen der
Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
des Haushalts- und Finanzausschusses

BerichterstatterBeschlußempfehlung:

Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne"
empfiehlt dem Haushalts- und Finanzausschuß, den
Personaletat entsprechend der Anlage zu beschließen.

Bericht

Allgemeines

Durch Beschluß vom 4.9.1989 hat der Landtag den Haushaltsentwurf 1990 nach der 1. Lesung an den Haushalts- und Finanzausschuß - federführend - und an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe überwiesen, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich der Personalausgaben im Rahmen der Zuwendungen nach § 23 LHO im Haushalts- und Finanzausschuß unter Einschaltung seiner Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" erfolgt. Die Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" hat den Personaletat in 5 Sitzungen beraten. :

Wie in den Vorjahren hat es die Arbeitsgruppe auch dieses Jahr für notwendig gehalten, vor Eintritt in die Beratung und Beschlußfassung über den Personalhaushalt 1990 den Berufsverbänden als Interessenvertreter der Angehörigen des öffentlichen Dienstes Gelegenheit zu geben, ihre Vorstellungen zu den mit dem Haushalt zusammenhängenden Problemen des öffentlichen Dienstes vorzutragen. Dieses "Hearing" wurde am 2.10.1989, vor Aufnahme der Beratungen des Personaletats 1990, durchgeführt: hierzu wird auf das Protokoll 10/1302 verwiesen.

Im einzelnen stützte die Arbeitsgruppe ihre Entscheidungen auf das vorliegende Beratungsmaterial (Entwurf des Haushaltsgesetzes 1990 einschließlich der Ergänzung sowie schriftliche Erläuterungen hierzu), die mündlichen Erklärungen der einzelnen Ressorts in den Sitzungen und verschiedene Zuschriften zum Personalhaushalt.

Die Beschlußempfehlungen der Fachausschüsse - soweit vorhanden - und die Anträge der Fraktionen sind gleichfalls in der als Anlage beigefügten Beschlußvorlage eingearbeitet.

Sofern es gewünscht wird, bin ich gerne bereit, die Beschlußvorlagen mündlich zu ergänzen.

Dautzenberg
Vorsitzender

Allgemeiner Beschluß

Antrag Abstimmungsergeb-
der in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Die Landesregierung wird gebeten, vor
Einbringung des Haushalts 1991 über
die Umsetzung und die personellen
Auswirkungen der Delegationsempfeh-
lungen entsprechend der Vorlage
10/2135 sowie über die weiteren Dele-
gationsmöglichkeiten, denen z.Zt.
noch nachgegangen wird, zu berichten.

einstimmig

Haushaltsgesetz 1990

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

1. § 7 Abs. 1 Satz 2 des Haushaltsgesetzes wird wie folgt geändert:

"Ebenfalls verbindlich sind die in den Erläuterungen zu Titel 422 20 ausgebrachten Stellen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst und abweichend von § 48 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung die vorgesehenen Zahlen für die Einstellung von Beamten im Vorbereitungsdienst."

einstimmig

2. § 7 Abs. 7 des Haushaltsgesetzes wird wie folgt geändert:

Der letzte Satz wird gestrichen.

einstimmig

Begründung

Die o.a. Änderungen basieren auf Vorschlägen des Gutachterdienstes, die in einer gemeinsamen Besprechung mit den Vertretern des FM akzeptiert bzw. unwidersprochen geblieben sind. Die darüber hinausgehenden Vorschläge des Gutachterdienstes zur Neuformulierung des Haushaltsgesetzes insgesamt wurden zurückgestellt, da die Vertreter des FM eine Überarbeitung des Haushaltsgesetzes im Laufe des Jahres 1990 in Aussicht stellten.

Haushaltsgesetz 1990

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

3. § 7 des Haushaltsgesetzes wird um folgenden Absatz 11 ergänzt:

CDU Mit Stimmenmehr-
heit von CDU und
F.D.P. gegen die
Stimmen der SPD
angenommen.

"(11) Der Finanzminister wird ermächtigt, die Stellenpläne des Haushaltsplans 1990 so umzustellen, daß die Obergrenzen für Beförderungssämter nach § 26 Bundesbesoldungsgesetz und nach den entsprechenden Rechtsverordnungen ausgeschöpft werden."

Begründung:

Die seit 1980 geltende Phasenverschiebung hat zum Inhalt, daß neue Planstellen nicht unmittelbar, sondern erst nach 3 Jahren zur Berechnung des Stellen Schlüssels im Rahmen der Stellenplanobergrenzen berücksichtigt werden dürfen. Da seit einigen Jahren eine nennenswerte Personalvermehrung im Beamtenbereich nicht mehr stattfindet, hat die Phasenverschiebung ihre Berechtigung verloren. Der neu angefügte Abs. 11 ermöglicht es, die Stellenpläne umzustellen und dabei die Stellenplanobergrenzen auszuschöpfen.

Haushaltsgesetz 1990

4. § 7a des Haushaltsgesetzes wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 1 wird gestrichen.
- b) Die Absätze 2 bis 6 werden Absätze 1 bis 5.
- c) Absatz 3 (bisher Absatz 4) Satz 1 erhält folgende Fassung:
"Im Geschäftsbereich des Kultusministers wird im Umfang der freiwerdenden Planstellen und Stellen bis zu 3000 unbefristete Einstellungen von Lehrern mit voller Pflichtstundenzahl in vom Kultusminister festgelegten Fächer- und Fachrichtungskombinationen und nach einem mit Zustimmung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung festgelegten Verteilungsschlüssel vorzunehmen."

Begründung zu a):

Die Aufhebung der auslaufenden 9monatigen Besetzungssperre sowie der neu vorgesehenen Beförderungssperre von 9 Monaten erfolgt aus folgenden Gründen: Die Besetzungssperre ist unzweckmäßig und entspricht nicht der Bedarfslage, da sie die Erfüllung der Aufgaben des Landes durch Landespersonal vom Zufall abhängig macht. Die Beförderungssperre verursacht Ungleichbehandlungen, da sie nur Beamte betrifft und im tarifvertraglichen Bereich wirkungslos bleiben muß. Sie ist im Hinblick auf die "Nachzugsregelung" unpraktikabel.

Begründung zu b):

Es handelt sich um eine Folgeänderung.

Antrag	Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe
der	
Frakt.	
CDU	Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Haushaltsgesetz 1990

(noch Antrag der CDU)

Begründung zu c):

Der Regierungsentwurf einschl. der Ergänzung sieht nur 1.730 Lehrereinstellungen vor. Demgegenüber werden 1990 rund 3.000 Lehrerinnen und Lehrer aus dem Schuldienst ausscheiden. Wenn der Regierungsentwurf in dieser Form beschlossen wird, wird der Stellenabbau im nächsten Jahr fortgesetzt. Ende des Jahres werden dann rund 1.200 Lehrer weniger unterrichten, so daß noch mehr Stunden ausfallen. Außerdem wird der Unterrichtsausfall zunehmen, weil die Arbeitszeitverkürzung nicht durch Ersatzeinstellungen ausgeglichen wird und weil für 1.400 Stellen, die durch Erziehungsurlaub frei werden, nur 600 Lehrer als Ersatz eingestellt werden. Deshalb muß der Abbau von Lehrerstellen gestoppt werden. Jede Stelle, die frei wird, muß mit einem neuen Lehrer besetzt werden. Für das Jahr 1990 bedeutet diese Forderung konkret die Einstellung von bis zu 3000 neuen Lehrern. Nur so läßt sich der Unterrichtsausfall abbauen, nur so kommen junge Lehrer in unsere Schulen, nur so können kleinere Klassen gesichert werden, nur so lassen sich wohnungsnahе Schulen erhalten.

Haushaltsgesetz 1990

5. § 7a Abs. 1 Haushaltsentwurf
(Ergänzungsvorlage) wird wie folgt
geändert:

- Satz 1 (alt) entfällt
- Sätze 2 und 3 (alt) werden Sätze 1 und 2 (neu)
- Als Satz 3 (neu) wird eingefügt:
"Besetzungssperren aufgrund des
Haushaltsgesetzes 1989 enden mit dem
Ablauf des Haushaltsjahres 1989."
- In Satz 5 werden die Worte
"die Sätze 2 bis 4"
ersetzt durch die Worte
"die Sätze 1 bis 4".

Begründung:

Ergänzend zum im Haushaltsgesetzentwurf vorgesehenen Wegfall der Besetzungssperre für das Haushaltsjahr 1990 soll erreicht werden, daß auch Besetzungssperren aufgrund des Haushaltsgesetzes 1989 mit Ablauf des Haushaltsjahres 1989 enden.

GesamtAbstimmung über das Haushaltsgesetz in der zuvor beschlossenen Form unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen:

Antrag	Abstimmungsergebnis in der Arbeitsgruppe
der	
Frakt.	
SPD	einstimmig angenommen

Bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. gegen die Stimmen der SPD mit den Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Einzelplan 01 - Landtag

Kapitel

01 010 - Landtag

a) Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 15
- Regierungsdirektor -

Antrag
der
Frakt. Abstimmungsergeb-
nis in der Ar-
beitsgruppe

SPD einstimmig
angenommen

3 Planstellen Bes.Gr. A 13 g.D.
- Oberamtsrat -

Fach-
aussch. einstimmig
angenommen
bei Stimment-
haltung der
Fraktion der CDU

davon 2 Stellen kw zum
31.12.93

SPD einstimmig
angenommen

1 Stelle Bes.Gr. A 12.
- Amtsrat -

Fach-
aussch. einstimmig
angenommen
bei Stimment-
haltung der
CDU-Fraktion

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 14
- Oberregierungsrat -

SPD einstimmig
angenommen

b) Leerstellen

Abgang: 1 Stelle Bes.Gr. A 16
- Ministerialrat -

SPD einstimmig
angenommen

c) Beamtete Hilfskräfte

Zugang: 2 Stellen für beamtete Hilfs-
kräfte

Fach-
aussch. einstimmig
angenommen
bei Stimment-
haltung der
CDU-Fraktion

c) Abgeordnete Beamte
Bes.Gr. A 15
- Regierungsdirektor -
(kw zum 31.12.1990)

Einzelplan 01

Kapitel

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

d) Angestellte

Zugang: 3 Stellen Verg.Gr. VI b BAT'
 DA 02
 (1 Stelle kw zum 31.12.1990)
 1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII BAT
 DA 02

Fach- einstimmig
aussch. angenommen
 bei Stimment-
 haltung der CDU-
 Fraktion

e) Arbeiter

Zugang: 4 Stellen der
 Lohngr. VIIIa/VIII MTL, DA 04
 3 Stellen Lohngr. VIII MTL
 DA 04
 1 Stelle Lohngr. VIII/VII MTL
 DA 04
 3 Stellen Lohngr. VII/VI MTL
 DA 06

einstimmig
angenommen bei
Stimmenthaltung
der CDU-Fraktion

Abgang: 1 Stelle Lohngr. VIII/VII MTL
 DA 05

einstimmig
angenommen bei
Stimmenthaltung
der CDU-Fraktion

Gesamtabstimmung über Einzelplan 01:

einstimmig
angenommen

**Einzelplan 02 - Ministerpräsident und
Staatskanzlei**

<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>der</u>	<u>nis in der Ar-</u>
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel

a) Planstellen

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 13 h.D.
- Regierungsrat -

CDU Alle Anträge zum
Epl. 02 wurden
mit der Stimmen-

Abgang: 6 neue Planstellen

F.D.P. mehrheit der
Oppositionsfrak-

b) Beamtete Hilfskräfte

Abgang: 1 Stelle für beamtete Hilfskräf-
te

CDU Fraktion ange-
nommen.

c) Abgeordnete Beamte

Bes.Gr. A 16

- Regierungsdirektor -

c) Angestellte:

Abgang: 1 Stelle Verg.Gr. VI b BAT
DA 02

CDU

Abgang: 2 neue Stellen für Angestellte

F.D.P

Hinweis:

Als Begründung wurde ausgeführt, daß die
CDU- und die F.D.P.-Fraktion eine perso-
nelle Ausweitung der Staatskanzlei ab-
lehnen.

**Gesamtabstimmung über den Einzelplan
02:**

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
Stimmen der SPD-
Fraktion abge-
lehnt.

Einzelplan 03 - Innenminister

Kapitel

Antrag	Abstimmungserge-
der	nis in der Ar-
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

03 010 - Ministerium

Leerstellen

Zugang: 1 Stelle Bes.Gr. B 2
 1 Stelle Bes.Gr. A 14

SPD einstimmig angen.
 CDU einstimmig angen.

Abgang: 1 Stelle Bes.Gr. A 16
 1 Stelle Bes.Gr. A 13

SPD einstimmig angen.
 CDU einstimmig angen.

03 110 - Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes NW

a) Planstellen

CDU Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Zugang: 800 Planstellen geh. Dienst
 davon 750 Schutzpolizei
 und 50 Kriminalpolizei
 mit entsprechender
 Schlüsselung

Abgang: 1000 Planstellen mittl. D.

Begründung:

Der gehobene Dienst der Schutzpolizei soll verstärkt werden, indem 750 Stellen des mittl. Dienstes in Stellen des geh. Dienstes umgewandelt und entsprechend den Vorgaben der Stellenplanobergrenzenverordnung aufgeschlüsselt werden. Von rd. 36.000 Schutzpolizeibeamten befinden sich ungefähr 87 % im mittl. Dienst. Dies, obwohl nach dem Erlaß des Innenministeriums vom 5.2.1987 über die Bestimmung der Dienstposten des geh. Dienstes der Schutzpolizei die Umwandlung von mehr als 4000 Stellen des mittl. Dienstes in Stellen des geh. Dienstes zuläs-

Einzelplan 03

Kapitel

sig wäre. Auch im Vergleich zu anderen Bundesländern steht Nordrhein-Westfalen schlecht da. So beträgt der Anteil des geh. Dienstes der Schutzpolizei in Berlin 26,5%, in Bremen 18,6% und in Niedersachsen 18,2%. Es ist kaum vorstellbar, daß es Gründe gibt, die im Vergleich zu Niedersachsen einen solchen großen Unterschied zu Nordrhein-Westfalen rechtfertigen. Weitere 250 Stellen sind bei der Kripo in Stellen des geh. Dienstes umzuwandeln, davon 200 Stellen für Kriminalkommissaranwärter (Seiteneinstieg).

(noch Planstellen)

1. Zugang: 180 Planstellen Bes.Gr.

A 9

- Kriminalkommissar -

2. Abgang: 130 Planstellen Bes.Gr.

A 9 - Kriminalhauptmeister

3. Änderung eines Haushaltsvermerks:

"4.287 (4.177) Stelleninhaber erhalten eine Amtszulage gem. Fußnote 4 zu Bes.Gr. A 9 BBesO",

bei gleichzeitiger Ergänzung des Haushaltsvermerkes: davon 100 ku nach Bes.Gr. A 9 mD zum

31.12.1995"

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Fach- einstimmig angen.
aussch.

einstimmig angen.

einstimmig angen.

SPD einstimmig angen.

Begründung zu 3:

Zur Erleichterung der Beförderung von lebensälteren Beamten (sog. "Weyerlinge").

Einzelplan 03

Kapitel

b) Stellen für Beamte auf Widerruf im
Vorbereitungsdienst

Zugang: 900 Stellen Bes.Gr. A 6

- Polizeihauptwachtmeister
anwärter und
-anwärterinnen - bei
gleichzeitiger Erhöhung
der
Einstellungsermächtigun
g um 900

200 Stellen Bes.Gr. A 9

- Kriminalkommissaranwär-
ter (Seiteneinsteiger) -
bei gleichzeitiger ent-
sprechender Erhöhung der
Einstellungsermächtigung.

Begründung:

Die 900 Stellen sind erforderlich, um
einen Fehlbstand im Rahmen der Umsetzung
der Arbeitszeitverkürzung 1989/90 zu
vermeiden. Zu den übrigen 200 Stellen
vgl. oben Nr. 1.

(noch Stellen für Beamte auf Widerruf im
Vorbereitungsdienst)

1. Zugang: 50 Stellen Bes.Gr. A 6

- Polizeihauptwacht-
meister-Anwärter und
-anwärterinnen

Begründung:

Ersatz für Polizeibeamte, die in die
Ausbildung zur Kriminalpolizei über-
gewechselt sind.

Antrag	Abstimmungsergeb- nis in der Ar- beitsgruppe
CDU	Mit den Stimmen der SPD- und der F.D.P.-Fraktion gegen die CDU- Fraktion abge- lehnt.

Fach- einstimmig angen.
aussch.

Einzelplan 03

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel 03 110

(noch Stellen für Beamte auf Widerruf im
Vorbereitungsdienst)

2. Ergänzung der Erläuterung um
folgenden Satz:

einstimmig angen.

"Sofern die Übernahme von 150
BGS-Beamten nicht erreicht wird,
erhöht sich die
Einstellungsermächtigung
entsprechend.

c) Angestellte

Streichung der kw-Vermerke bei den im CDU
Haushaltswurf neu ausgebrachten
296 Angestelltenstellen.

Mit der
Stimmenmehrheit
der Oppositions-
fraktionen gegen
die Stimmen der
SPD angenommen.

Begründung:

Die Streichung ergibt sich aus der Not-
wendigkeit, auch im Bereich der Polizei-
verwaltung die Arbeitszeitverkürzung
voll umzusetzen und insoweit einen Fehl-
bestand zu vermeiden.

Einzelplan 03

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

03 310 - 5 Regierungspräsidenten

I. Komplex Schulaufsicht

a) Planstellen

1. Zugang: 40 Planstellen Bes.Gr.A 16

- Leitender Regierungsschuldirektor als
Dezernent (Referent)
in der Schulaufsicht
auf Bezirksebene
bei gleichzeitiger
Änderung des
Vermerks:
"davon ab 1.1.1990
- (4) ku nach A 15 in
der Schulaufsicht
über Realschulen"

einstimmig angen.

2. Abgang: 30 Planstellen Bes.Gr.A 15

- Regierungsschuldirektor als Dezernent
(Referent) in der
Schulaufsicht auf
Bezirksebene

einstimmig angen.

Hinweis:

Unter Berücksichtigung einer
Stellenverlagerung gem. § 50 LHO zum
1.9.1989 lautet die neue Stellenzahl
in der Bes.Gr. A 15 - Regierungsschuldirektor - somit 51.

b) Stellen für beamtete Hilfskräfte

hier: c) Abgeordnete Beamte

Abgang: 15 Stellen Bes.Gr. A 15

- Studiendirektor zur Ko-
ordinierung schulfach-
licher Aufgaben

einstimmig angen.

Einzelplan 03

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der Ar-
Frakt.	beitsgruppe

Kapitel (noch 03 310)

Begründung:

Mit der Hebung und der Neueinrichtung von Planstellen der Bes.Gr. A 16 soll

- eine Qualitätsverbesserung in der Schulaufsicht über Gymnasien, Gesamtschulen, berufsbildenden Schulen und Kollegschulen sowie
- in der Grund-, Haupt-, Sonder- und Realschulaufsicht in der Lehrerausbildung und fortbildung sowie für Sport und Weiterbildung ein 40%iger Anteil an Beförderungstellen der Bes.Gr. A 16
- eine dauerhafte Lösung für die gymnasiale Schulaufsicht

erreicht werden. Die Absetzung der 15 Stellen der Bes.Gr. A 15 - Studiendirektor - für abgeordnete Beamte korrespondiert mit den o.a. Zugängen.

II. Komplex Vorprüfungsstellen "Bau"

a) Planstellen

einstimmig angen.

Zugang: 2 Planstellen Bes.Gr. A 10
 - Reg.bauoberinspektor

Abgang: 25 Planstellen Bes.Gr. A 12
 - Reg.bauamtsrat, bei gleichzeitiger Änderung der Haushaltsvermerke:
 "davon - (3) ku nach Bes.Gr. A 11"
 "davon - (12) ku nach Bes.Gr. A 10

7 Planstellen Bes.Gr. A 11
 - Reg.bauamtmann -

Einzelplan 03

<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>der</u>	<u>nis in der Ar-</u>
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel (noch 03 310)

b) Angestellte

- Zugang: 3 Stellen Verg.Gr. IIa BAT
(DA 05)
- 24 Stellen Verg.Gr. III BAT
(DA 05)
- 2 Stellen Verg.Gr. IVa BAT
(DA 05)

Begründung:

Mit den o.a. Veränderungen wird dem Vorschlag des LRH (Vorlage 10/2506) entsprochen.

Gesamtabstimmung über Einzelplan 03:

Mit der Stimmenmehrheit der Oppositionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD abgelehnt.

Einzelplan 04 - Justizminister

Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Ar- beitsgruppe
-------------------------	--

Kapitel
04 050 - Justizvollzugseinrichtungen

a) Stellen für beamtete Hilfskräfte

a) Beamte auf Probe bis zur Anstellung

Fach- aussch.	Mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der F.D.P.- Fraktion, bei Stimmenthaltung der CDU ange- nommen.
------------------	--

Zugang: 1 Stelle Bes.Gr. A 9
- Sozialinspektor z.A. -

b) Angestellte

Zugang: 13 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT
- Allgemeiner Vollzugsdienst

Begründung:
Beabsichtigt ist die stellenmäßige
Ausstattung der Mutter-Kind-Abteilung
beim Justizvollzugskrankenhaus
Fröndenberg.

Einzelplan 04

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel
04 040 - Gerichte und Staatsanwalt-
schaften

a) Angestellte

Abgang: - 6 Stellen Verg.Gr. IXa/IX b
 BAT

b) Arbeiter

Abgang: - 10 Stellen Lohngr. VI/V MTL II

Kapitel 04 050 - Justizvollzugseinrich-
tungen

Angestellte

Zugang: + 16 Stellen Verg.Gr. VII/VIII
 BAT - allgemeiner
 Vollzugsdienst - ku zum
 31.12.1991 in 6 Stellen
 der Verg.Gr. IXa/IXb BAT
 und 10 Stellen der Lohngr.
 VI/V MTL II im Kapitel 04
 040

einstimmig angen.

Hinweis:

Die vom Justizminister angeregte Stel-
lenverschiebung ist auf den "Kurden-
Prozeß" vor dem Oberlandesgericht Düs-
seldorf zurückzuführen.

Einzelplan 04

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

Ziel der Maßnahme ist der stellenmäßige Ausgleich für 16 zur Dienstleistung beim Oberlandesgericht abgestellte Bedienstete der Justizvollzugseinrichtungen. Durch die ku-Vermerke werden die Stellen nach Abschluß des Prozesses in die ursprünglichen Stellen zurückgewandelt.

Gesamtabstimmung über den Einzelplan 04:

Bei Stimmenthaltung der F.D.P.-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion mit den Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Einzelplan 05 - Kultusminister

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFA

Kapitel

Frakt.

05 010 - Kultusministerium

a) Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 16

SPD

einstimmig angen.

- Ministerialrat -

2 Planstellen Bes.Gr. A 11

- Regierungsamtmann - bei

gleichzeitiger Ausbringung
eines Haushaltsvermerks

"davon 2 kw 31.12.1991"

b) Leerstellen

Zugang: 1 Stelle Bes.Gr. A 16

SPD

einstimmig angen.

- Ministerialrat -

1 Stelle Bes.Gr. A 15

F.D.P.

einstimmig angen.

- Regiergungsdirektor -

1 Stelle Verg.Gr. Ia BAT

CDU

einstimmig angen.

05 330 - Öffentliche Realschulen

Leerstellen

Abgang: 1 Stelle Bes.Gr. A 14

F.D.P.

einstimmig angen.

- Realschulkonrektor -

05 340 - Öffentliche Gymnasien

Planstellen:

Abgang: 10 Planstellen Bes.Gr. A 15

einstimmig angen.

- Studiendirektor als Fach-
leiter zur Koordinierung
schulfachlicher Aufgaben
bei gleichzeitiger Ände-
rung eines Haushaltsver-
merks

"davon 30 (47) Stellen ohne
Besoldungsaufwand".

Begründung:

Die Änderung des Haushaltsvermerks und
der Stellenabgang korrespondiert mit den
im Einzelplan 03 vollzogenen Änderungen
für die Schulaufsicht.

Einzelplan 05

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis im HFAKapitelFrakt.Verschiedene Kapitel

CDU

Im Einzelplan 05 werden in dem
jeweiligen Haushaltsvermerk mit
(sinngemäß) nachstehendem Wortlaut:

Im Hinblick auf
noch vorzunehmende fraktionsin-
terne Absprachen
hat die Fraktion
der SPD an der
Abstimmung nicht
teilgenommen. Die
Fraktionen von
CDU und F.D.P.
stimmten dem An-
trag zu.

"Von den Stellen kw dürfen für die
Beschäftigung von Aushilfskräften
ausschließlich für den
Unterrichtseinsatz im Fach Religion
bis zu () in Anspruch genommen
werden."

bei den Planstellen der Bes.Gr. A 13 bei
nachstehenden Kapiteln die Zahlen wie
folgt ersetzt:

<u>Kapitel</u>	<u>bisherige Zahl</u>	<u>neue Zahl</u>
05 330	35 (35)	73 (35)
05 340	135 (13)	228 (135)
05 440	10 (10)	13 (10)

Der Haushaltsvermerk zu den Planstellen
der Bes.Gr. A 13 bei Kap. 05 410 wird in
der Weise geändert, daß eine Beschäfti-
gung der 136 Religionslehrer mit voller
Pflichtstundenzahl ermöglicht wird.

Begründung:

Aufstockung der mit Religionslehrern be-
stehenden Verträge auf volle Pflicht-
stundenzahl.

Gesamtabstimmung über Einzelplan 05:

Da ein abschließendes Votum des
Fachausschusses zum Einzelplan 05 erst
für den 29.11.1989 erwartet wird, wurde
die Gesamtabstimmung in der Ar-
beitsgruppe zurückgestellt.

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

Kapitel 06 010 - MWF

Fach- einstimmig angen.
aussch.

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. VIb BAT (DA
03)

Abgang: 1 Stelle Verg.Gr. VII/VIII BAT
(DA 03)

Kapitel 06 020 - Allgemeine

Bewilligungen

SPD Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
Stimmen der SPD
abgelehnt.

Ausbringung eines Haushaltsvermerks

Zu Beginn der Personalausgabentitel soll
folgender Haushaltsvermerk ausgebracht
werden:

"Im Einzelplan 06 sind 15 Planstellen
und Stellen kw zum 31.12.1991."

Begründung

Es handelt sich um den Ausgleich für 15
Stellenzugänge im Kapitel 06 085 -
Kulturwissenschaftliches Institut - .

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

Kapitel 06 022 - Hochschulsonderpro-
gramm zur Milderung
der Überlast an den
Hochschulen

Angestellte

einstimmig angen.

1. Streichung des Haushaltsvermerks:
"Aus diesen Mitteln können mit Zu-
stimmung des Finanzministers bis zu
150 (186) Stellen der Vergütungs-
gruppe IB/II a - Zeitangestellte - im
wissenschaftlichen Dienst und bis zu
240 (204) Stellen im nichtwissen-
schaftlichen Dienst eingerichtet wer-
den."

Begründung

Die Streichung des Ermächtigungsver-
merkes entspricht dem Beratungser-
gebnis in der Arbeitsgruppe
"Personalbedarf und Stellenpläne".

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

2. Zusätzliche Ausbringung einer Übersicht über die Stellen für Angestellte

einstimmig angen.

Begründung

Nachdem die tatsächliche Ausweisung und Aufteilung der Stellen für Angestellte klar ist, können die Stellen in stellenplanmäßiger Form dargestellt werden.

Kapitel 06 085 - Kulturwissenschaftliches Institut

1. Streichung aller Planstellen und Stellen, bzw. Umsetzung der besetzten Planstellen und Stellen in die Hochschulkapitel.

CDU

Mit der Stimmenmehrheit der Oppositionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen.

Begründung

Die Erfüllung der Aufgabe des kulturwissenschaftlichen Instituts kann durch die bestehenden Hochschulen erfolgen. Das KWI ist daher sachlich nicht erforderlich.

2. Planstellen

Zugang: 5 Planstellen der Bes.Gr.
C 4 - Universitäts-
professor -

Fach-
aussch.

Mit der Stimmenmehrheit der Oppositionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt.

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Kapitel

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

(noch 06 085)

3. Angestellte

Fach- Mit der Stimmen-
aussch. mehrheit der
 Oppositionsfrak-
 tionen gegen die
 SPD-Fraktion ab-
 gelehnt.

Zugang: 8 Stellen Verg.Gr. I b/II a
 BAT (DA 01)
 1 Stelle Verg.Gr. Vc/VIb BAT
 (DA 06)
 1 Stelle Verg.Gr. VIb/VII BAT
 (DA 06)

Kapitel 06 110 - Hochschulen Allgemein

Titelgruppen 64 und 65 gemeinsam:

einstimmig angen.

Ausbringung von Erläuterungstabellen,
aus denen sich das Aufkommen (abgebende
Hochschulen und abgegebene Stellen) und
die vorgesehene Verteilung (aufnehmende
Hochschulen und verteilte Stellen) erge-
ben. Damit erübrigt sich die bisherige
Darstellung.

Begründung

Die Ausbringung dieser Erläuterungsta-
bellen entspricht dem Wunsch der Ar-
beitsgruppe "Personalbedarf und Stellen-
pläne" nach besserer Lesbarkeit des Ein-
zelplanes 06.

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

(noch 06 110)

Titelgruppe 64 - Ausgaben für Maßnahmen
im Rahmen der Neu-
strukturierung des
Hochschulwesens ein-
schließlich des Medi-
zinbereichs

1. Noch in die Titelgruppe 64 umzu-
setzen sind folgende Stellen:

Fach- Die Verteilung
aussch. der nachfolgend
aufgeführten
Stellen auf die
Hochschulen wur-
de einstimmig
beschlossen.

Angestellte

- Zugang: 4 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa
BAT - ZA - aus Kapitel 06
122 - Med. Einr. Uni
Münster -
2 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa BAT
- ZA - aus Kapitel 06 131
- Uni Köln -
1 Stelle Verg.Gr. Vc BAT (DA
03) aus Kapitel 06 142
- Med. Einr. TH Aachen -
1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
- ZA - aus Kapitel 06 220
- Uni-GH-Duisburg -
1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
- ZA - aus Kapitel 06 250
- Uni-GH-Wuppertal -

2. Die nachfolgende Darstellung berück-
sichtigt die Verteilung der o. a. 9
Stellen aus der Titelgruppe auf die
Hochschulen und die vom Wissen-
schaftsausschuß beschlossenen Ände-
rungen gegenüber der im Haushaltsent-
wurf vorgesehenen Verteilung aus der
Titelgruppe 64. Zusätzlich sind bei

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>der</u>	<u>nis in der Ar-</u>
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel

(noch 06 110)

den Zu- und Abgängen die Zuweisungs-
daten bzw. die Daten für die Abgänge
aufgeführt.

Kapitel 06 111 - Universität Bonn

a) Planstellen

Zugang: Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - (Diskrete
Mathematik) 1.2.1990

Abgang: Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Diskrete
Mathematik) 1.12.1990

b) Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
- Lektor - (DA 01, Fortfüh-
rung Sonderforschungsbe-
reich Zentralasien) 1.1.90
1 Stelle Verg.Gr. IVa BAT
(DA 07, Sachbearbeiter Dis-
krete Mathematik) 1.1.90

Kapitel 06 121 - Universität Münster

a) Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 2
- Hochschuldozent - (Sozio-
logie) 1.1.90

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - (Publizistik)
1.12.1990

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

(noch 06 110)

b) Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
-ZA- (DA 01, Metallfor-
schung) 1.12.1990

Kapitel 06 131 - Universität Köln

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 13
- Studienrat i.H. - (Latein-
kurse) 31.12.1990

Kapitel 06 141 - TH Aachen

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ia BAT
(DA 05, Informatiker für das
Rechenzentrum, Vectorrechner)
1.1.90

Abgang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
-ZA - (DA 01, Labor für Werk-
zeugmaschinen) 1.3.1990

1 Stelle Verg.Gr. III/IVa BAT
(DA 05, Programmierer i. Lab.
f. Werkzeugmaschinen) 1.2.1990

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

(noch 06 110)

Kapitel 06 142 - Medizinische Einrich-
tung TH Aachen

Planstellen

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Medizinische
Soziologie) 1.3.1990

Kapitel 06 151 - Universität Bochum

a) Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Theater-,
Film- und Fernsehwiss.)
31.12.1990

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Informatik
für Geisteswiss.) 31.12.90

b) Angestellte

Abgang: 2 Stellen Verg.Gr. I b/II a
BAT -ZA- (DA 01, Bauinfor-
matik) 1.10. u. 31.12.1990

Kapitel 06 160 - Universität Dortmund

a) Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Informatik
und Gesellschaft) 31.12.90

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>der</u>	<u>nis in der Ar-</u>
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel

(noch 06 110)

b) Angestellte

Zugang: 3 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa
BAT -ZA- (DA 01, für Weiter-
bildung von Familienfrauen,
Technik und Naturwissen-
schaftspotentiale von Frau-
en und für den Sonderfor-
schungsbereich "Modellie-
rung von Produktions- und
Logistik-Systemen in Com-
putern") 1.1./1.3./1.10.90

Kapitel 06 171 - Universität Düsseldorf

Arbeiter

Zugang: 1 Stelle Lohngr. IX MTL (DA 01,
Biotechnologie) 1.1.90

Kapitel 06 181 - Universität Bielefeld

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor (Gesundheitswiss.)
- bei gleichzeitiger
Ausbringung eines Vermerks "1
C 4 ku nach C 3"
31.12.90

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

(noch 06 110)

Kapitel 06 211 - Universität-GH-Essen

a) Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. A 14
- Akad. OR - (Institut für
stadtteilbezogene Arbeit
und Beratung) 1.12.90

b) Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. III BAT
- Systemprogrammierer - (Da
05, Informatik) 31.12.90

Kapitel 06 212 - Medizinische Einrich-
tung der Uni Essen

Planstellen

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Medizinische
Soziologie) 1.3.90

Kapitel 06 220 - Universität-GH-Duisburg

a) Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Informatik
in der Mathematik) 1.1.90

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

(noch 06 110)

b) Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
-ZA- (DA 01, Biochemie und
Mikrobiologie des Wassers)
1.3.90

1 Stelle Verg.Gr. IVa/III BAT
- Ingenieur - (DA 08,
Biochemie und Mikrobiologie
des Wassers) 31.12.90

Kapitel 06 230 - Universität-GH-Pader-
born

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (FH-Studiengang
technischer Umweltschutz)
1.1.90

Kapitel 06 550 - Folkwang Hochschule

Planstellen

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - (Rollenstudium)
31.12.90
2 Planstellen Bes.Gr. C 3
- Professor - (davon 1 für
Bewegungslehre, 1 für
funktionales Stimmtraining)
31.12.90

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

(noch 06 110)

Kapitel 06 670 - Fachhochschule Aachen

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
(DA 06, für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit)
1.3.90

Kapitel 06 740 - Fachhochschule Köln

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Restaurierung
Glas und Keramik) 1.1.90

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Restaurierung
Glas und Keramik) 31.12.90

Titelgruppe 65 - Ausgaben für Maßnahmen
im Rahmen der Konzen-
tration und Neuordnung
von Studiengängen/Stu-
dienangeboten

Die nachstehend
aufgeführten An-
derungen der Ti-
telgruppe 65 wur-
den einstimmig
beschlossen.

Hinweis:

1. Folgende Planstellen und Stellen sind
noch in die Titelgruppe 65 umzu-
setzen:

- 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - aus Kapitel 06
- 121, Uni Münster, lfd.Nr. 53

69/15-64

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

(noch 06 110)

- 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
-ZA- aus Kapitel 06 151, Uni
Bochum, Nr.7
- 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - aus Kapitel 06
160, Uni Dortmund (ersatzweise
Absetzung nach einer Verset-
zungsmäßnahme)
- 1 Planstelle Bes.Gr. A 14 - AKOR -
aus Kapitel 06 250, Uni-GH-Wup-
pertal, lfd.Nr. 16

Damit stehen in der Titelgruppe 65
insgesamt 32 Planstellen und Stellen
zur Verteilung zur Verfügung.

2. Gegen Absetzung von 32 Planstellen
und Stellen in der Titelgruppe 65
wird folgende Verteilung auf die
Hochschulen vorgenommen:

Kapitel 06 131 - Universität Köln

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
- Dipl.-Ing. (Dauerang.) -
(DA 08, Betreuung d. Observa-
toriums f. Millimeter-Astrono-
mie)

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>der</u>	<u>nis in der Ar-</u>
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel

(noch 06 110)

Kapitel 06 141 - TH Aachen

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
(Dauerang.) für die Wahrneh-
mung d. SKoordinierungstätig-
keiten im Zusammenhang mit den
Messeaktivitäten des Landes;
nach Abschluß dieser Tätig-
keiten fällt diese oder eine
gleichwertige andere Stelle
bei Kap. 06 141 weg.

Kapitel 06 151 - Universität Bochum

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - (Mitbestimmungs-
fragen im Hinblick auf europ.
Zusammenarbeit)

Kapitel 06 171 - Universität Düsseldorf

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - ("Heinrich-
Heine-Professur") Die Plan-
stelle ist jeweils nur zeit-
lich befristet zu besetzen.

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

(noch 06 110)

- 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - (Institut f.
Kultur u. Geschichte der Deut-
schen in Osteuropa)

Kapitel 06 181 - Universität Bielefeld

a) Planstellen

- Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - (Geschichte
Osteuropas)

b) Angestellte

- Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
- ZA - (DA 01, Pathomecha-
nismen-zellulärer Wechsel-
wirkungen)

Kapitel 06 211 - Universität-GH-Essen

a) Planstellen

- Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - (Kommunika-
tionswissenschaften)
- 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Kommunika-
tionswissenschaften)
- 1 Planstelle Bes.Gr. C 1
- wiss. Assistent - (Lite-
raturvermittlung u. Medien-
praxis)

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

(noch 06 110)

b) Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Vb/Vc
BAT (DA 07, Literaturver-
mittlung u. Medienpraxis)

Kapitel 06 220 - Uni-GH-Duisburg

a) Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - (Informatik)
1 Planstelle Bes.Gr. C 4
- Professor - (Mechatronik)

b) Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
-ZA- (DA 01, Thermodynamik)
1 Stelle Verg.Gr. VIb/VII BAT
(DA 07, Optoelektronik)
1 Stelle Verg.Gr. III BAT
- Ingenieur - (DA 08, Opto-
elektronik)
1 Stelle Verg.Gr. IVa BAT
- Ingenieur - (DA 08, SFB
254)

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

(noch 06 110)

c) Arbeiter

- Zugang: 1 Stelle Lohn.Gr. IX MTL
 - TBD - (DA 02, Elektro-
 mechaniker)
 1 Stelle Lohn.Gr. VIII/VII
 MTL - TBD - (DA 02,
 Installateur)

Kapitel 06 230 - Uni-GH-Paderborn

Planstellen

- Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
 - Professor - (FH-Studiengang
 "Techn. Umweltschutz", Abt.
 Höxter)
 1 Planstelle Bes.Gr. A 14
 - Akad. Oberrat -

Kapitel 06 250 - Uni-GH-Wuppertal

Planstellen

- Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 4
 - Professor - (Angewandte In-
 formatik)
 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
 - Professor - (Mikrostruktur-
 technik)

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag der Frakt.	Abstimmungsergeb- nis in der Ar- beitsgruppe
----------------------------------	---

Kapitel

(noch 06 110)

Kapitel 06 550 - Folkwang Hochschule

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. VIb/VII BAT
(DA 06, im Zuge des weiteren
Ausbaus)

Kapitel 06 670 - FH Aachen

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
Dauerang. (DA 01, für die
Leitung der Tech-
nologie-Transferstelle, Abt.
Jülich)
1 Stelle Verg.Gr. III BAT
- Ingenieur - (DA 05, Daten-
verarbeitung)

Kapitel 06 690 - FH Bochum

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. IIa BAT
- Ingenieur - (DA 08, CIM-
Center)

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

(noch 06 110)

Kapitel 06 710 - FH Dortmund

Angestellte

Zugang 425 10: 1 Stelle Verg.Gr. IIa BAT
- Ingenieur - (DA 08,
Computergestützte
Qualitätskontrolle -
ZIN-Projekt)

Zugang 425 97: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa
BAT DA 01 (Technologie-
Transferstelle (Wegfall
von 0,5 Stellenanteil
v.d. FH Bochum - Kap.
06 690)

Kapitel 06 750 - FH Lippe

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3
- Professor - (Technologie d.
Kosmetika- und Waschmittel)

Kapitel 06 760 - FH Münster

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. IIa BAT
- Ingenieur - (DA 08, Abfall-
wirtschaft und Altlastensa-
nierung)

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

(noch 06 110)

Kapitel 06 770 - FH Niederrhein

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. III BAT
- Ingenieur - (DA 08, Bioche-
mie/Biotechnologie)

Weitere Veränderungen im Einzelplan 06

Kapitel 06 141 - TH Aachen

SPD **Bei Stimmenthal-**
tung der Oppo-
sitionsfraktionen
mit den Stimmen
der SPD-Fraktion
angenommen.

Angestellte

Streichung der kw-Vermerke 31.12.90 bei
folgenden Stellen der Dienstart 08:

- 2 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa BAT
- 2 Stellen Verg.Gr. III BAT
- 1 Stelle Verg.Gr. Vb BAT

Kapitel 06 160 - Uni Dortmund

a) Leerstellen

CDU **einstimmig angen.**

Zugang: 1 Leerstelle Bes.Gr. A 15
- Akad. Direktor

Abgang: 1 Leerstelle Bes.Gr. A 14
- OSTR i.H. -

b) Titelgruppe 97 - Ausgaben der Kon-
taktstelle für In-
formationstransfer

SPD **einstimmig angen.**

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ia BAT

Abgang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib BAT

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

Kapitel

Kapitel 06 171 - Uni Düsseldorf

Angestellte

SPD einstimmig angen.

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib BAT
 DA 01

Abgang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
 DA 01

Bearündung

Höhergruppierung der im Jahre 1989 für
den Schwerpunkt "Stoffumwandlung" bei
der Uni Düsseldorf bewilligten
Dauerstelle; zum Zweck der Gewinnung
eines entsprechend qualifizierten
Bewerbers.

Kapitel 06 250 - Uni-GH-Wuppertal

einstimmig angen.

a) Planstellen

Abgang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 2
 - Professor in einem FH-
 Studiengang -

b) Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib
 - Dauerang. - (DA 01, Fach-
 bereich Chemie)

**Einzelplan 06 - Minister für Wissen-
schaft und Forschung**

<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>der</u>	<u>nis in der Ar-</u>
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel

Kapitel 06 260 - Fernuni.-GH-Hagen

SPD einstimmig angen.

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib BAT
- Dauerangestellter -

Abgang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib/IIa BAT
ZA

Begründung

Höhergruppierung der Stelle des
Forschungsassistenten für die
"Forschungsstelle für deutsches und
europäisches Parteienrecht", um so die
hochwertigen Arbeiten erfüllen und die
Kontinuität der Arbeit gewährleisten zu
können.

Gesamtabstimmung über Einzelplan 06:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositions-
fraktionen gegen
die SPD-Fraktion
abgelehnt.

Einzelplan 07 - Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Kapitel

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis in der Ar-**
Frakt. **beitsgruppe**

1. Der Finanzminister wird gebeten, zukünftig für eine einheitliche Darstellung der kw-Vermerke im Tarifbereich des gesamten Landeshaushalts Sorge zu tragen.

einstimmig angen.

Begründung:

Die im Tarifbereich des Epl.07 ausgebrachten kw-Vermerke sind nicht einheitlich dargestellt. Um den Haushalt übersichtlicher zu gestalten, sollte der FM eine einheitliche Regelung vorgeben.

2. Der MAGS wird gebeten, anlässlich der Aufstellung der Haushalts 1991 das Kontingent der Leerstellen zu überprüfen und ggf. zu reduzieren.

einstimmig angen.

Hinweis:

Von den im Kapitel 07 210 ausgebrachten Leerstellen für planmäßige Beamte und Richter sind nur 28 % besetzt; von den für Angestellte ausgebrachten Leerstellen sind nur 44 % besetzt.

Einzelplan 07

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

Kapitel 07 110 - Staatliche Gewerbeärzte
etc.

Rückumwandlung von 1 Planstelle der
Bes.Gr. A 13 HD in 1
Hilfsstelle der Bes.Gr.
A 13 hD

einstimmig angen.

Abgang: 1 Hilfsstelle der Bes.Gr. A 13
hD

Begründung:

Nach Rückumwandlung der Planstelle in
eine Hilfsstelle, Anstellung der beamte-
ten Hilfskraft und stellenmäßiger Umbu-
chung dieses Bediensteten auf eine
Planstelle kann der kw-Vermerk
realisiert werden.

Planstellen

Zugang: 3 Planstellen Bes.Gr. A 13 hD
- kw 31.12.1991 -
2 Planstellen Bes.Gr. A 10
- kw 31.12.1991 -

SPD einstimmig
angen. (bei Ab-
wesenheit des
Vertreters der
F.D.P.Fraktion)

Begründung

Zusätzliche Stellen zum Aufbau einer
Fachgruppe Anlagensicherheit bei der
Zentralstelle für Sicherheitstechnik und
Strahlenschutz, um novellierte Störfall-
verordnungen umsetzen zu können.

Einzelplan 07

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

07 120 - Institut "Arbeit und Technik"

- 1. Alle unbesetzten Planstellen und Stellen des Kapitels 07 120 werden gestrichen.

CDU Mit der Stimmenmehrheit der Oppositionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion angenommen.

Alle besetzten Planstellen und Stellen des Kapitels 07 120 werden in die Hochschulkapitel umgesetzt.

Begründung:

Das Institut hat die Aufgaben, den Problembereich "Arbeit und Technik" zu erforschen und Beiträge zu einer sozialverträglichen Technikgestaltung zu liefern.

Die Erfüllung dieser Aufgabe kann durch die Hochschulen erfolgen.

- 2. Angestellte

Streichung der kw-Vermerke zum 31.12.1991 bei den neu ausgebrachten 11 Angestelltenstellen

Fach- Mit den Stimmen
aussch. der CDU-Fraktion
 gegen die Stimmen
 der Fraktion der
 SPD, in Abwesen-
 heit des Vertre-
 ters der F.D.P.-
 Fraktion abge-
 lehnt.

- 3. Arbeiter

Streichung des kw-Vermerks zum 31.12.1991 bei der neu ausgebrachten Arbeiterstelle

Einzelplan 07

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der Ar-
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

Kapitel

Kapitel 07 220 - Sozialgerichtsbarkeit

Angestellte

einstimmig angen.

Zugang: 95 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT
DA 02

Abgang: 95 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT
DA 07

Hinweis:

Korrektur der Stellenführung.

Kapitel 07 230 - Landesversicherungsamt

NW in Essen

Planstellen

CDU

Mit den Stimmen
der Fraktion der
SPD und der
F.D.P.-Fraktion
gegen die Stimmen
der CDU-Fraktion
abgelehnt.

- Sperrung 1 Planstelle Bes.Gr. B 3
(Titel 422 10) sowie
- Sperrung 1 Planstelle Bes.Gr. A 16
(Titel 422 60)
- 2 Planstellen Bes.Gr. A 14
(Titel 422 60)

Begründung

Es soll die Möglichkeit geprüft werden,
Planstellen aus Kapitel 07 010 -
Ministerium - umzusetzen.

49.15.78

Einzelplan 07

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

Kapitel 07 330 - Dienststellen der
Kriegsopferversorgung

1. Der MAGS wird gebeten, zum nächsten Haushalt ein Gesamtkonzept für die Versorgungsverwaltung vorzulegen, das insbesondere
- die mittel- und langfristige Aufgabenentwicklung,
 - die mittel- und langfristige beabsichtigte Stellenplanentwicklung und
 - eine Bereinigung der Stellenkontingente beinhaltet.

einstimmig ange-
nommen (bei Ab-
wesenheit des
Vertreters der
F.D.P.-Fraktion)

2. Titelgruppe 60

Angestellte

- a) Abgang: 11 Stellen Verg.Gr. VIb/VII
 BAT Dienstart 01
 4 Stellen Verg.Gr. VII/VIII
 BAT Dienstart 02

einstimmig angen.
(bei Abwesenheit
des Vertreters
der F.D.P.-
Fraktion)

Hinweis:

Realisierung von kw-Vermerken.

- b) Ausbringung von zusätzlichen
kw-Vermerken bei folgenden Stellen:
6 Stellen Verg.Gr. VIb/VII BAT
6 Stellen Verg.Gr. VII/VIII BAT

Fach- Mit den Stimmen
aussch. der Fraktion der
CDU gegen die
Stimmen der SPD-
Fraktion, bei
Abwesenheit des
Vertreters der
F.D.P.-Fraktion,
abgelehnt.

Hinweis:

Ausgleich für die Streichung der
kw-Vermerke bei Kapitel 07 120.

Einzelplan 07

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

Kapitel 07 510 - Landesstelle für
Aussiedler, Zuwanderer und ausländische
Flüchtlinge in NW

Angestellte

Fach- einstimmig angen.
aussch. (bei Abwesenheit
des Vertreters
der F.D.P.-
Fraktion)

Veränderung der Befristung der bei den
folgenden neuen Angestelltenstellen
ausgebrachten kw-Vermerke von
"31.12.1991" in "31.12.1992":

5 Stellen Verg.Gr. BAT IV b,

Dienststart 01

4 Stellen BAT VII/VIII, Dienststart 02

Gesamtabstimmung über den Einzelplan 07:

Mit den Stimmen
der SPD-Fraktion
gegen die Stimmen
der CDU-Fraktion,
in Abwesenheit
des Vertreters
der F.D.P.-Frak-
tion, angenommen.

**Einzelplan 08 - Minister für Wirtschaft,
Mittelstand und Techno-
logie**

Antrag **Abstimmungsergeb-**
der **nis im HFA**
Frakt. _____

Kapitel _____

Kapitel 08 010 - Wirtschaftsministerium

Angestellte

CDU **einstimmig angen.**

**Einrichtung einer Leerstelle der
Verg.Gr. I a BAT (Fraktionsdienst)**

Gesamtabstimmung über Einzelplan 08:

**Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
SPD-Fraktion ab-
gelehnt.**

**Einzelplan 09 - Minister für
Bundesangelegenheiten**

Kapitel

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

09 010 - Ministerium

Anträge wurden nicht gestellt.

Gesamtabstimmung über Einzelplan 09:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositionsfrak-
tionen gegen die
Stimmen der SPD-
Fraktion abge-
lehnt.

**Einzelplan 10 - Minister für Umwelt,
Raumordnung und Land-
wirtschaft**

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

1. Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft wird aufgefordert, im Entwurf des Haushaltsplans 1991 Planstellenüberhänge nur noch insoweit zu veranschlagen, als sie zur Anstellung von Beamten auf Probe im Haushaltsjahr 1991 erforderlich sind.

einstimmig angen.

Begründung:

Nach dem Erläuterungsband ist eine erhebliche Zahl von Planstellen mit beamteten Hilfskräften und Angestellten besetzt.

2. Zur Vermeidung einer erheblichen Zahl von unterwertigen Besetzungen wird der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft aufgefordert, die Stellen des Tarifbereichs im Haushaltsplan 1991 nur in den Wertigkeiten auszubringen, in denen sie unbedingt benötigt werden.

einstimmig angen.

Begründung:

Nach dem Erläuterungsband ist eine Vielzahl von Angestelltenstellen unterwertig besetzt.

Einzelplan 10

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

10 010 - Ministerium

Stellen für beamtete Hilfskräfte

c) Abgeordnete Beamte

einstimmig angen.

Abgang: 5 Stellen Bes.Gr. A 15
 - Regierungsdirektor etc.

4 Stellen Bes.Gr. A 13:
 - Oberamtsräte

9 Stellen Abgang insgesamt

Die Vermerke "ohne Besoldungsaufwand"
sind bei den entsprechenden Planstellen
zu streichen.

Hinweis:

Die Absetzung entspricht dem Ergebnis
der Beratungen in der Arbeitsgruppe.

10 210 - Verwaltung für Agrarordnung

Stellen für beamtete Hilfskräfte

a) Beamte auf Probe bis zur Anstellung

einstimmig angen.

Abgang: 1 Stelle Bes.Gr. A 13
 - Regierungsräte z.A.,
 Regierungsvermessungsräte
 z.A.

Begründung:

Realisierung eines kw-Vermerkes.

Einzelplan 10

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der
Frakt. Arbeitsgruppe

Kapitel

10 190 - Landesanstalt für Immissions-
schutz

SPD

Angestellte

Zugang: 10 Stellen Verg.Gr. Ib/IIa
 BAT, DA 05

Mit den Stimmen
der SPD-Fraktion
bei Stimmenthal-
tung der Oppo-
sitionsfraktionen
angenommen.

10 220 - Gewerbeaufsichtsämter

Planstellen

Abgang: 10 Stellen Bes.Gr. A 13 hD
 - Regierungsgewerberat -

Begründung

für den Stellenzugang:

Zusätzliche Stellen im Sachgebiet "Be-
gutachtung von Sicherheitsanalysen" in
der "Zentralstelle Störfall-VO und ge-
fährliche Stoffe" bei der Landesanstalt
für Immissionsschutz aufgrund des sich
nach der Änderung der 9. VO zum Bundes-
immissionsschutzgesetz bei Genehmigungs-
verfahren ergebenden zusätzlichen Ar-
beitsanfalls.

Einzelplan 10

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

Bearündung

für den Stellenabgang:

Ausgleich für 10 Stellenzugänge bei
Kap. 10 190 - Landesanstalt für Immis-
sionenschutz -.

(Derzeit unbesetzte Planstellen, da sich
die hierfür vorgesehenen Beamten noch in
Referendar-Ausbildung befinden. Mit Ab-
legung deren Laufbahnprüfung werden die
Stellen ab 1991 wieder benötigt.)

Gesamtabstimmung über den Einzelplan 10:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositions-
fraktionen ge-
gen die Stimmen
der SPD-Fraktion
abgelehnt.

**Einzelplan 11 - Minister für Stadtent-
wicklung. Wohnen und
Verkehr**

Kapitel

Die Landesregierung wird gebeten, im Frühjahr 1990 über die künftige Konzeption des Landesinstituts für Bauwesen und angewandte Bauschadensforschung (LBB) sowie über die Auswirkungen auf das Landesprüfamt für Baustatik zu berichten.

Kapitel 11 080 - Staatshochbauverwaltung

Planstellen

Zugang: 2 Planstellen Bes.Gr. A 13
- Reg.Rat/Reg.Baurat -
3 Planstellen Bes.Gr. A 10
- Reg.Oberinspektor/Reg.
Bauoberinspektor -
bei gleichzeitiger Ausbringung
von kw-Vermerken zum 31.12.91

Angestellte

Zugang: 1 Stelle Verg.Gr. Ib BAT
8 Stellen Verg.Gr. IIa BAT
10 Stellen Verg.Gr. III BAT
6 Stellen Verg.Gr. IVa BAT
5 Stellen Verg.Gr. IVb BAT
4 Stellen Verg.Gr. IVb/Vb BAT
2 Stellen Verg.Gr. Vb BAT
2 Stellen Verg.Gr. V BAT
2 Stellen Verg.Gr. VIb BAT
bei gleichzeitiger Ausbringung
von kw-Vermerken zum 31.12.1991

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

einstimmig angen.

SPD Mit den Stimmen
der SPD-Frak-
tion gegen die
Stimme der F.D.P-
Fraktion, bei
Stimmenthaltung
der CDU-Frak-
tion, angen.

Einzelplan 11

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-

Kapitel

Frakt. beitsgruppe

Begründung

Die Steigerung des Bauvolumens in der
Staatshochbauverwaltung macht eine
Personalverstärkung erforderlich.

Gesamtabstimmung über Einzelplan 11:

Mit der Stimmen-
mehrheit der
Oppositions-
fraktionen gegen
die SPD-Fraktion
abgelehnt.

Einzelplan 12 - Finanzminister

Antrag	Abstimmungsergeb-
der	nis in der
<u>Frakt.</u>	<u>Arbeitsgruppe</u>

KapitelKapitel 12 010 - FinanzministeriumPlanstellen

CDU	Mit der Stimmen-
	mehrheit der
	Oppositions-
	fraktionen gegen
	die Stimmen der
	SPD-Fraktion an-
	genommen.

Abgang: 1 Stelle Bes.Gr. B 2
 - Ministerialrat -
 1 Stelle Bes.Gr. A 16
 - Ministerialrat -
 3 Stellen Bes.Gr. A 11
 - Regierungsamtman -

Begründung:

Für die o.g. 5 zusätzlichen Stellen ist der Bedarf nicht ausreichend nachgewiesen. Die Aufgaben des neuen Referates für die Sonderaufgaben der Finanz- und Wirtschaftspolitik einschließlich Wirtschaftsförderung sowie Energie- und Strukturpolitik können von dem zuständigen Wirtschaftersort wahrgenommen werden. Die Aufgaben des neuen Controlling-Referats können von dem vorhandenen Personal wahrgenommen werden. Die für beide Referate ausgewiesenen 5 Stellenzugänge sowie die Stellenhebungen sind daher rückgängig zu machen.

Kapitel 12 050 - Oberfinanzdirektionen
und Finanzämter

1. Stellen für Beamte auf Widerruf im
Vorbereitungsdienst

SPD	einstimmig angen.
-----	-------------------

Zugang: 40 Stellen der Bes.Gr. A 9
 - Finanzanwärter -
 25 Stellen der Bes.Gr. A 5
 - Steueranwärter -
 bei gleichzeitiger
 entsprechender Erhöhung der
 Einstellungsermächtigungen

Einzelplan 12 - Finanzminister

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe
SPD einstimmig angen.

Kapitel (noch 12 050)

2. Angestellte

Zugang: 20 Stellen Verg.Gr. III/IVa BAT
DA 01 - kw 31.12.1991 -
15 Stellen Verg.Gr. IVa/IVb BAT
DA 01 - kw 31.12.1991 -

Hinweis:

bei gleichzeitiger Erhöhung der Mittel-
ansätze:

	TDM
Titel 422 20	+ 473,0
Titel 425 10	+ 1240,0

Begründung

Zu 1.:

Bei äußerster Auslastung können in der
Fachhochschule für Finanzen und in der
Landesfinanzschule noch zusätzliche
Ausbildungsmöglichkeiten geschaffen
werden.

Zu 2.:

Mit der Einrichtung von 20 Stellen der
Verg.Gr. III/IVa BAT (Trainerpersonal)
kann dem Anliegen einer verstärkten
ADV-Schulung in der Steuerverwaltung
Rechnung getragen werden. Mit der Ein-
richtung von 15 Stellen der Verg.Gr.
IVa/IVb BAT wird gewährleistet, daß in
den 15 Finanzämtern des Landes, die Be-
treuungsfunktionen für die an Bild-
schirmarbeitsplätzen eingesetzten Be-
schäftigten benachbarter Finanzämter
übernommen haben, Anwenderbetreuer ein-
gesetzt werden, die für die Angelegen-
heiten zuständig sind, die mit dem Ein-
satz von Standardsoftware zusammenhän-
gen.

Kapitel 12 070 - Finanzbauverwaltung

a) Planstellen

Abgang: 10 Stellen der Bes.Gr. A 13
- Regierungsbauoberamts-
rat -
33 Stellen Bes.Gr. A 12
- Regierungsbauamtsrat -
11 Stellen Bes.Gr. A 11
- Regierungsbauamtmann -

Die aufgeführten
Änderungen wurden
insgesamt ein-
stimmig angenom-
men, bei Abwesen-
heit des Vertre-
ters der F.D.P.

Einzelplan 12 - Finanzminister

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel (noch 12 070)

Zugang: 3 Stellen Bes.Gr. A 10
- Regierungsbauoberin-
spektor -

b) Angestellte

Zugang: 10 Stellen Verg.Gr. IIa BAT
DA 01
33 Stellen Verg.Gr. III BAT
DA 01
11 Stellen Verg.Gr. IVa BAT
DA 01

Abgang: 3 Stellen Verg.Gr. IVb BAT
DA 01

c) Ausbringung bzw. Änderung folgender
Haushaltsvermerke:

A 13 - Regierungsbauoberamtsrat
davon 1 (1) Stelle für die
Vorprüfungsstellen für Bauausgaben

A 12 - Regierungsbauamtsrat
davon 3 (1) Stellen für die
Vorprüfungsstellen für Bauausgaben

A 11 - Regierungsbauamtman
davon 3 (2) Stellen für die
Vorprüfungsstellen für Bauausgaben

A 10 - Regierungsbauoberinspektor
davon 9 (1) Stellen für die
Vorprüfungsstellen für Bauausgaben

Einzelplan 12 - Finanzminister

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel (noch 12 070)

Die ku-Vermerke bei den folgenden
Stellen entfallen:

A 13 - Regierungsbauoberamtsrat

A 12 - Regierungsbauamtsrat

Begründung:

Mit den Veränderungen wird der Vorlage
des LAH, 10/2506, für die Vorprüfungs-
stellen für Bauausgaben Rechnung getra-
gen.

Kapitel 12 090 - Ausbildungs- und Fort-
bildungseinrichtungen
der Landesfinanzver-
waltung

Planstellen

Zugang: 1 Planstelle Bes.Gr. C 3

SPD einstimmig angen.

- Professor -

1 Planstelle Bes.Gr. C 2

- Professor -

1 Planstelle Bes.Gr. A 15

- Regierungsdirektor -

2 Planstellen Bes.Gr. A 14

- Oberregierungsrat -

1 Planstelle Bes.Gr. A 13

- Regierungsrat -

bei gleichzeitiger Ausbringung
von kw-Vermerken zum 31.12.1991
an diesen Stellen

Hinweis:

bei gleichzeitiger Erhöhung der Mittel-
ansätze:

	TDM
Titel 422 10	+ 365,0
Titel 518 10	+ 80,0
Titel 522 00	+ 28,0
Titel 527 10	+ 17,0

Begründung

Die Aufstockung des Lehrpersonals um 6
Stellen ist erforderlich, um die im
Kapitel 12 050 zusätzlich ausgebrachten
Anwärter auszubilden.

Einzelplan 12

Antrag Abstimmungsergeb-
der nis in der Ar-
Frakt. beitsgruppe

Kapitel

Kapitel 12 100 - Rechenzentrum -

Angestellte

einstimmig ange-
nommen, bei Ab-
wesenheit des
Vertreters der
F.D.P.-Fraktion

Abgang: - 1 Stelle Verg.Gr. Vb/Vc BAT
Dienstart 04

Begründung:

Realisierung eines kw-Vermerkes.

Gesamtabstimmung über den Einzelplan 12:

bei Stimmen-
gleichheit der
SPD-Fraktion und
der CDU-Fraktion
in Abwesenheit
des Vertreters
der F.D.P.-
Fraktion, abge-
lehnt.

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

Kapitel

<u>Antrag</u>	<u>Abstimmungsergeb-</u>
<u>der</u>	<u>nis in der Ar-</u>
<u>Frakt.</u>	<u>beitsgruppe</u>

13 - 010 - Landesrechnungshof

Anträge wurden nicht gestellt.

Gesamtabstimmung über Einzelplan 13:

einstimmig
angenommen